

Der 10. Mai in Frankreich: Der große Umbruch?*)

NORBERT SCHUH

Da ich während eines Jahres in Frankreich die Wirtschaftsprogrammatik und die Wirtschaftspolitik der französischen Sozialisten im Rahmen eines Auslandsstipendiums studieren konnte und beinahe wöchentlich die Möglichkeit hatte, mit dem für Verstaatlichungsfragen zuständigen Berater diskutieren zu können, möchte ich zu dem Artikel von Alphonse Losser Stellung nehmen. Dies deshalb, da meine Recherchen in eine Dissertation mündeten, deren Grundtenor unterschiedlich, wenn nicht sogar konträr ist.

Während Losser meint, daß der 10. Mai eine grundlegende Veränderung der französischen Gesellschaft bedeutet und die Partei Basisreformen anstrebt und bloß durch die wirren wirtschaftlichen Bedingungen wurde, komme ich zu dem Schluß, daß die Sozialistische Partei Frankreichs im Grunde genommen eine gemäßigte ist, die keine umwälzenden Reformen durchführen will.

Sicherlich klingen Programme der

PSF radikaler als die sozialdemokratischer Schwesterparteien, wenn man aber die Durchführung solcher Maßnahmen betrachtet, so ergibt sich ein anderes Bild.

Sehen wir uns die Strukturreformen an:

Das Verstaatlichungsgesetz war tatsächlich ein Minimalprogramm, das mit den Programmen gerade noch in Einklang gebracht werden konnte. Aber auch bei der Organisation der „Verstaatlichten“ klaffen Programmatik und Ausführung auseinander.

In der Darstellung des Wirtschaftsprogrammes der Sozialistischen Partei spielen die Verstaatlichungen eine große Rolle. Dadurch soll öffentlichen Interessen der Vorrang über das privatwirtschaftliche Kalkül gegeben werden. Eines der Kapitel spricht von einer neuen Form der Bedürfnisbefriedigung.

Das Profitprinzip als Allokationsmechanismus soll durch Kriterien des sozialen Nutzens abgelöst werden, lautet ein wichtiger Merksatz. Die Organisation der Verstaatlichten soll hier den entscheidenden Beitrag leisten. Tatsächlich jedoch wurde im Verstaatlichungsgesetz von 1981 peinlichst darauf geachtet, daß die privatwirtschaftliche Orientierung der öffentlichen Betriebe gesichert blieb.

Die Arbeitsrechte – loi Auroux –, die von der PSF als Bürgerrechte im Betrieb gefeiert werden, sind ein Nachvollzug bereits bestehender arbeitsrechtlicher Bestimmung in den skandinavischen Ländern, der BRD und Österreich.

Das „ceterum censeo“ des Rapport Auroux, der dem Gesetz zugrunde liegt, lautet, man dürfe die Verantwortlichkeit der Unternehmensführung nicht antasten, sodaß in Le Monde behauptet wird, daß das Gesetz zu den Arbeitsrechten im Prinzip auch

*) Bemerkungen zu dem Artikel von A. Losser in Wirtschaft und Gesellschaft 1983/3

von den bürgerlichen Parteien verabschiedet hätte werden können.

Für die französischen Sozialisten ist das Steuersystem der Angelpunkt einer Politik der Gerechtigkeit. Frankreichs Abgabensystem wird als extrem ungerecht bezeichnet, da die indirekten Steuern und die Sozialabgaben einen weit größeren Anteil am Abgabenaufkommen hat, wie in vergleichbaren Ländern. Im Mittelpunkt einer sozialistischen Politik müsse daher eine Steuerreform stehen, folgerichtig werden sowohl die Mehrwertsteuer als auch die Sozialabgaben erhöht.

Ein weiterer wichtiger Programmpunkt war die Erreichung des Umverteilungszieles über die Einführung der Vermögenssteuer. In der Durchführung tauchte plötzlich eine andere Intention auf. Es gelte Mittel in produktive Kanäle umzuleiten. Die geringen Einnahmen werden in diesem Sinn als Erfolg gefeiert: Nicht Umverteilung, sondern das Allokationsziel steht im Vordergrund.

Die Liste ließe sich fortsetzen bzw. eingehender diskutieren. Ich wollte aber bloß aufzeigen, daß die Sichtweise, daß der 10. Mai in Frankreich eine grundlegende Wende darstelle nicht unproblematisch ist. In meiner Dissertation werden obgenannte Punkte ausführlicher diskutiert und ich zeige auf, daß sich die wirtschaftspolitische Linie der Linksregierung nach 1981 sehr gut mit der Wirtschaftstheorie Keynes zur Deckung bringen läßt, die da lautet: Ein Ja zum Kapitalistischen Allokationsmechanismus, wenn man über institutionelle Reformen des Banken- und Finanzbereichs dafür Sorge trage, daß die Unternehmen nicht fehlgeleitet werden. Die Eigenheiten des Finanzbereichs bedingen, daß der privatkapitalistische Allokationsmechanismus hier nicht greift.

Wie ist ein derart liberales Dogma mit den radikalen Programmpunkten vereinbar. Die Sozialistische Partei muß die Kommunistische Partei zurückdrängen, um von Wechselwäh-

lern als wählbar eingestuft zu werden. Diese fürchten einen zu großen Einfluß der Kommunisten in einer linken Regierung. Die PSF muß daher in Worten der Kommunistischen Partei Parole bieten. Die Struktur der Partei läßt erwarten, daß mit den Reformen nicht sehr ernst gemacht wird.

Die PSF ist eine Partei der Intellektuellen mit einem radikalen Programm, der es an der Massenbasis ermangelt. Wie sich in den 70er Jahren gezeigt hat – gescheiterter Flirt mit der CFDT –, ist die Partei auch daran nicht interessiert, da sie von den Intellektuellen dominiert wird. Gerade diese müßten um ihre angestammten Machtpositionen fürchten, käme es zu einem Massenzustrom in die Partei. Eine politische Umsetzung wird daher von vornherein weitgehend ausgeschlossen.

Schließlich bietet uns die französische Geschichte bestes Anschauungsmaterial, daß radikale Wortgefechte, mehr als in anderen Nationen, einen grundlegenden Konsens der Streitparteien überdecken.

Das Leitmotiv des vierten Bandes zur französischen Geschichte zwischen 1848 und 1945 des Oxforder Geschichtsprofessors Thomas Zeldin ist, daß sich hinter der scheinbar unversöhnlichen Teilung der französischen Nation in „Links“ und „Rechts“ ein grundlegender Konsens der französischen Gesellschaft in den entscheidenden politischen Fragen verbirgt. Er bezeichnet daher das „Rechts-Links-Schema“, mit dem an die französische Politik herangegangen wird, als Mythos.

Soll man Worten oder Taten glauben schenken?

Wenn Historiker einmal die Geschichte Frankreichs der achtziger Jahre schreiben werden, so werden sie eine der beiden Hypothesen ablehnen, bis dahin sind beide Interpretationsmuster legitim und mögen dem Leser angeboten werden.

Meine Stellungnahme soll einen Denkanstoß geben.